



MdL Barbara Fuchs Mathildenstraße 24 90762 Fürth

Abgeordnete

Barbara Fuchs

Stv. Vorsitzende der
Kontrollkommission BayernFonds
Sprecherin für Wirtschaft
Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung,
Energie, Medien und
Digitalisierung

23. Juni 2025

PM: Kommunen stärken statt Schwächen

Kommunen stärken statt Schwächen Grüner Gesetzentwurf: Verbote kommunaler Steuern durch die Staatsregierung künftig verhindern – Gästebeitrag, Betten- steuer und kommunale Verpackungssteuer ermöglichen

FÜRTH/MÜNCHEN – Am 13. Mai 2025 hat die Staatsregierung angekündigt, kommunale Verpackungssteuern in Bayern zu verbieten (s. [hier](#)). Wie schon nach dem Verbot einer kommunalen Bettensteuer (Übernachtungssteuer) im Jahr 2023 oder auch nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge 2018 beschränken CSU und FW die Kommunen jetzt wieder in ihrer verfassungsrechtlich garantierten Finanzhoheit und verwehren ihnen Einnahmen und Lenkungsinstrumente.

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen: „Die Staatsregierung verhält sich hier maximal kommunalunfreundlich. Nicht nur, dass sie unsere Kommunen finanziell an der kurzen Leine hält, sondern sie zeigt erneut, dass sie ihnen gar nichts zutraut. Unsere Städte und Gemeinden haben Besseres verdient als diese Gängelung und absolut unnötige Einmischung der Staatsregierung in ihre Angelegenheiten vor Ort. Denn sie wissen selbst am besten, was sie brauchen. Wir Grüne wollen unseren Städten und Gemeinden mehr Entscheidungsfreiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten einräumen, auch in finanzieller Hinsicht.“

Barbara Fuchs, Landtagsabgeordnete: „Als ehemalige Fürther Stadträtin ist meine Erfahrung, dass wir vor Ort am besten wissen, was wir brauchen. Am wenigsten brauchen wir Einmischung von oben, was wir auf kommunaler Ebene zu tun und zu lassen haben. Stattdessen brauchen wir mehr Beinfreiheit, um uns selbst zu helfen und keine bürokratische Verbotspolitik der Söder-Regierung!“

Die grüne Landtagsfraktion legt daher einen Gesetzentwurf *zur Stärkung des Steuerfindungsrechts der Kommunen und zur Ermöglichung kommunaler Steuern im Tourismusbereich* vor, der die Finanzen der Kommunen und ihr Recht, Einnahmen zu generieren, stärken will.

Bayerischer Landtag
Maximilianeum
81627 München

Abgeordnetenbüro Fürth
Mathildenstraße 24
90762 Fürth

barbara.fuchs@
gruene-fraktion-bayern.de

Barbara Fuchs, MdL: „Lasst die Kommunen selbst entscheiden, ob sie begrenzt auf ihren Ort Steuern erheben, die direkt in den kommunalen Haushalt fließen, oder Steuern als Lenkungsinstrument einsetzen, bspw. zur Müllvermeidung. Es gibt keinen Grund, den Entscheidungstragenden in den Rathäusern zu misstrauen. Wenn Kommunen in Bayern zu der Ansicht kommen, dass eine Verpackungssteuer bei ihnen vor Ort das richtige Instrument ist, um der Flut an Einwegverpackung und steigenden Müllgebühren etwas entgegenzusetzen, dann wollen wir ihnen das auch ermöglichen. Außerdem geben wir den Kommunen mehr Freiräume für Investitionen in Tourismusinfrastruktur. Mit dem „Nein“ der Staatsregierung zur Verpackungssteuer wird jetzt innerhalb von 10 Jahren bereits zum dritten Mal ganz massiv in die kommunale Finanz- und Selbstverwaltungshoheit der Kommunen eingegriffen.“

Konkrete Änderungen der Landtags-Grünen im Kommunalabgabengesetz:

1. **Ermöglichung eines Gästebeitrags im Tourismus:** Die Landtags-Grünen wollen die Möglichkeit schaffen, dass Gemeinden von Übernachtungs- und Tagesgästen entsprechende Beiträge erheben können (nicht müssen), zum einen um ihre Einnahmehasis zu verbreitern und in einen attraktiven Tourismus investieren zu können, und zum anderen umso eine gewisse Lenkung der Besucherströme zu ermöglichen. Das können bislang nur die Kurorte in Gestalt der Kurtaxe. Mit unserem Gästebeitrag wollen wir hier Gleichheit schaffen zwischen Kommunen mit Kur- und Heilbadstatus und anderem Fremdenverkehrsgemeinden. Können, nicht müssen, ist hier das Stichwort. Wichtig ist: Jede Gemeinde sollte das selbst entscheiden dürfen.
2. **Beschränkung der Verbotsbefugnisse der Staatsregierung:** Das Kommunalabgabengesetz wird dahingehend geändert, dass es für sogenannte örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern, mit denen eine Gemeinde durch Satzung eine in Bayern bisher nicht erhobene, also neuartige kommunale Steuer wie die Verpackungssteuer einführen möchte, künftig keiner Zustimmung mehr durch die Staatsregierung bedarf. Ein behördliches Verbot darf künftig nur noch durch die Kommunalaufsichtsbehörden erfolgen und auch nur dann, wenn die kommunale Steuer mit höherrangigem Recht unvereinbar ist. Es soll anders als bisher nicht mehr möglich sein, eine solche Steuer bereits wegen einer – sehr weit zu verstehenden – Unvereinbarkeit mit öffentlichen Belangen zu verbieten. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg verzichten schon heute auf eine solche weitreichende Verbotsbefugnis der Landesregierung und verlangen ebenso nur, dass die kommunale Steuer mit höherrangigem Recht vereinbar ist.

Barbara Fuchs, MdL: „Wenn der Fürther Stadtrat zu der Ansicht kommen sollte, dass beispielsweise eine Verpackungssteuer vor Ort das richtige Instrument ist, um der Flut an Einwegverpackung etwas entgegenzusetzen, dann sollte das auch im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung möglich sein. Es mag gute Gründe für und gegen eine Verpackungssteuer geben – aber wir Grüne sagen: Liebe Staatsregierung, überlass bitte den Kommunen selbst die Entscheidung. In Tübingen beispielsweise hat sich die Zahl der Gastronomen, die Speisen und Getränke in Mehrwegverpackungen ausgeben, vervierfacht. Der Einwegverpackungsmüll ist deutlich zurückgegangen. Einnahmen aus der Verpackungssteuer werden in Tübingen für die Beseitigung des Mülls im öffentlichen Raum sowie für ergänzende Umweltschutzmaßnahmen reinvestiert.¹ Die Verpackungssteuer wirkt also.“

3. **Bettensteuer erlauben:** Wir streichen das gesetzliche Verbot der kommunalen Bettensteuer (Übernachtungssteuer) in Art. 3 Abs. 3 S. 1 KAG. Insbesondere Städte wie München, Bamberg und Günzburg möchten bei Hotelgästen eine Übernachtungssteuer erheben. Die Stadt München erhofft sich jährliche Einnahmen von ca. 60 bis 80 Millionen Euro.

Barbara Fuchs, MdL: „Auch hier gilt: Lasst den Kommunen Beinfreiheit. Touristinnen und Touristen machen Müll, nutzen öffentliche Einrichtungen und verbrauchen Wasser und Strom. Eine Bettensteuer kann das mitauffangen. Es funktioniert in anderen Städten auch. Wieso also hier so ein unsinniges Verbot?“

Der beiliegende grüne Gesetzentwurf wird in Erster Lesung in der Plenarsitzung am Dienstag, 24.6.25, diskutiert.

¹<https://kommunal.de/Tuebingen-Verpackungssteuer-rechtens-Erfahrungen>

Kontakt: barbara.fuchs@gruene-fraktion-bayern.de